



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Landtagspräsidentin Stamm und Sozialstaatssekretär Hintersberger: „Es ist höchste Zeit, Leid und Unrecht beim Namen zu nennen!“ – Menschen mit Behinderung**

Landtagspräsidentin Stamm und Sozialstaatssekretär Hintersberger: „Es ist höchste Zeit, Leid und Unrecht beim Namen zu nennen!“ – Menschen mit Behinderung

16. März 2018

Landtagspräsidentin Stamm, Bayerns Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger und Vertreter der Kirchen und der Gesellschaft begrüßten heute Mittag im Maximilianeum über 100 Betroffene, die als Kinder oder Jugendliche in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben. Die Stiftung Anerkennung und Hilfe will damit erreichen, dass über die Zeit von 1949 bis 1975 gesprochen und anschaulich von den Betroffenen selbst geschildert wird, wie sie unter physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt gelitten haben.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm betonte: „Nicht über erlittenes Unrecht sprechen zu dürfen, nicht ernst genommen zu werden mit traumatischen Erfahrungen – das verletzt noch einmal zutiefst. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass dieses Leid jetzt den Weg in die Öffentlichkeit findet und dafür ist der Bayerische Landtag ein guter Ort. Wir wollen das, was damals geschehen ist, gemeinsam thematisieren, den Erinnerungen Raum und vor allen Dingen auch Zeit geben. Ich weiß, dass das für die Betroffenen nicht leicht ist. Umso dankbarer bin ich allen, die heute hier sind und über ihre Erfahrungen sprechen, sie mit uns zu teilen versuchen.“

Sozialstaatssekretär Hintersberger war vor allem von den persönlichen Begegnungen mit den betroffenen Menschen zutiefst beeindruckt: „Keiner der Betroffenen darf das Gefühl haben, er sei allein. Wir wollen über das Leid und Unrecht, das geschehen ist, offen reden. Dabei hilft die bayerische Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung. Denn sie unterstützt die Menschen bei der Aufarbeitung ihrer schlimmen Erfahrungen. Wir können das Leid nicht ungeschehen machen, aber wir können es öffentlich machen, anerkennen und Hilfe anbieten.“

Die Veranstaltung heute soll dazu beitragen, die Angebote der Stiftung Anerkennung und Hilfe noch bekannter zu machen, noch mehr Betroffene zu erreichen und sie zu ermutigen, sich zu melden. Die Stiftung bietet seit Anfang 2017 den betroffenen Menschen Beratung und auch finanzielle Anerkennungsleistungen. Bis jetzt haben 160 Beratungsgespräche stattgefunden, 150 Betroffene haben Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen in Höhe von insgesamt 1,5 Millionen Euro erhalten. Betroffene erhalten 9.000 Euro und zusätzlich Rentenersatzleistungen, wenn sie als Jugendliche ohne Lohn arbeiten mussten.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

